**Pflegestützpunkte
in Rheinland-Pfalz**

**Vereinbarung über den Betrieb und die Arbeit
von Pflegestützpunkten
sowie zur regionalen Zusammenarbeit
gemäß § 14 des Landesrahmenvertrages**

zwischen

den Trägern der Pflegestützpunkte

**und den Trägern der Fachkräfte
der Beratung und Koordinierung**

Zwischen den Kostenträgern der Pflegestützpunkte

den im Land Rheinland-Pfalz vertretenen Landesverbänden der Pflege- und Krankenkassen:

- AOK Rheinland-Pfalz/Saarland - Die Gesundheitskasse, Eisenberg
- BKK - Landesverband Mitte, Hannover
- IKK Südwest, Saarbrücken
- Knappschaft, Bochum vertreten durch die Regionaldirektion Saarbrücken
- Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel
- Die Ersatzkassen
 - BARMER
 - Techniker Krankenkasse (TK)
 - DAK Gesundheit
 - Kaufmännische Krankenkasse - KKH
 - Handelskrankenkasse (hkk)
 - HEK - Hanseatische Krankenkassegemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis: Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), vertreten durch den Leiter der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, Mainz

der Stadt Neustadt an der Weinstraße, vertreten durch den Oberbürgermeister oder dessen Vertreter

dem Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung,

-Kostenträger -

und den Trägern der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung

der Ökumenischen Sozialstation Neustadt e. V., Neustadt an der Weinstraße, vertreten durch den Vorstand

-Träger der Fachkräfte der Beratung- und Koordinierung -

wird folgender Vertrag geschlossen:

ABSCHNITT 1: GEGENSTAND DES VERTRAGES

§ 1 Gegenstand des Vertrages

(1) Der Vertrag regelt den Betrieb und die Arbeit von Pflegestützpunkten sowie die Zusammenarbeit der Pflegestützpunkte untereinander in der Stadt Neustadt an der Weinstraße und dient der Kooperation zwischen den Trägern der Pflegestützpunkte und den Trägern der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung.

(2) Regelungen über die Finanzierung der Pflegestützpunkte werden innerhalb der Kostenträger vereinbart. Die übrigen Vereinbarungen erfolgen zusammen mit den Trägern der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung.

(3) Die Kooperation der Träger der Pflegestützpunkte und der Träger der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung dient insbesondere der Sicherstellung der gemeinsamen unabhängigen Aufgabenwahrnehmung der Pflegestützpunkte gem. § 7c SGB XI einschließlich der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI, der gemeinsamen Koordinierung der wohnortnahen Betreuungs- und Versorgungsangebote und deren Weiterentwicklung im Sinne eines sozialleistungsträgerübergreifenden wohnortnahen Angebots in allen Fragen im Vor- und Umfeld und rund um die Pflege und soziale Betreuung, beispielsweise auf der Basis bereits vorhandener Konzepte. Zu diesem Zweck arbeiten die Vertragspartner eng in den Pflegestützpunkten zusammen und bringen ihre Kompetenzen ein.

(4) Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen bleibt unberührt.

(5) Die Regelungen des bisherigen Vertrages vom 01.01.2009 werden durch diese Vereinbarung mit Wirkung vom 01.07.2017 ersetzt und treten außer Kraft.

§ 2 Einbeziehung weiterer Regelungen

(1) §§ 7a und 7c des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs finden in ihrer jeweiligen Fassung Anwendung auf diesen Vertrag.

(2) Die Vorschriften des Landesrahmenvertrages über die Arbeit und Finanzierung von Pflegestützpunkten nach § 7c SGB XI vom 30. Mai 2016 gelten kraft vertraglicher Übernahme auch zwischen den Parteien dieses Vertrages.

§ 3 Steuerungsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte Rheinland-Pfalz

(1) Die Stadt Neustadt an der Weinstraße wird in der Steuerungsgruppe nach § 3 des Landesrahmenvertrages durch die Kommunalen Spitzenverbände (Landkreistag/Städtetag) vertreten. Die Träger der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung sind durch die Verbände der Anstellungsträger der Fachkräfte für Beratung und Koordinierung Rheinland-Pfalz (§ 3 Abs. 7 des Landesrahmenvertrages) beteiligt, welche an den Sitzungen der Steuerungsgruppe in beratender Funktion teilnehmen können.

(2) Die Vertragsparteien erkennen die Steuerungsgruppe nach § 3 des Landesrahmenvertrages an. Beschlüsse der Steuerungsgruppe im Sinne des § 3 Abs. 1 des Rahmenvertrages gelten unmittelbar und sind verbindlich umzusetzen.

ABSCHNITT 2:

REGIONALE ARBEITSGEMEINSCHAFT PFLEGESTÜTZPUNKTE

§ 4 Bildung der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte, Mitglieder

(1) Zur Sicherstellung des laufenden Betriebs und der Sicherung der Qualität und Transparenz der Arbeit der Pflegestützpunkte bilden die Kostenträger eine Regionale Arbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte (Regionale AG PSP).

(2) Mitglieder der Regionalen AG PSP sind die Pflegekassen, die Krankenkassen, das Land Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Neustadt an der Weinstraße je zu 25 vom Hundert (v. H.).

§ 5 Kostenträger

Die für den Betrieb der Pflegestützpunkte erforderlichen Aufwendungen werden entsprechend § 11 des Landesrahmenvertrages von den gesetzlichen Krankenkassen und Pflegekassen zu 50 v. H., vom Land Rheinland-Pfalz zu 25 v. H. und von der Stadt Neustadt an der Weinstraße zu 25 v. H. getragen.

§ 6 Pflegestützpunkte

In der Stadt Neustadt an der Weinstraße werden folgende Pflegestützpunkte betrieben und finanziert:

1. Pflegestützpunkt Neustadt an der Weinstraße I
2. Pflegestützpunkt Neustadt an der Weinstraße II

§ 7 Beschlussfassung

(1) Organ der Regionalen AG PSP ist die Kooperationsgemeinschaft nach § 16 Abs. 3 des Landesrahmenvertrages und nach § 18 Abs. 2 dieses Vertrages.

(2) Beschlussfassungen über die Finanzierung der Pflegestützpunkte (Kostenträgerangelegenheiten) treffen allein die Kostenträger. Dies betrifft insbesondere

- die Finanzierung der Pflegestützpunkte in der Stadt Neustadt an der Weinstraße (z. B. Jahresrechnung und ggf. Budgetplanung),
- den Abschluss von Verträgen für die Träger der Pflegestützpunkte bzw. den einzelnen Pflegestützpunkt, sofern Beschlüsse der LAG PSP dem nicht entgegenstehen (z. B. Mietverträge),
- die Finanzierung der regionalen Öffentlichkeitsarbeit und
- die weitere Beteiligung und Einbeziehung Dritter in die Arbeit der Pflegestützpunkte, sofern die Bestimmungen dieses Vertrages dem nicht entgegenstehen.

ABSCHNITT 3: BETRIEB DER PFLEGESTÜTZPUNKTE

§ 8 Vereinbarungen über den Betrieb von Pflegestützpunkten

(1) Die Kostenträger kooperieren mit den Trägern der Fachkräfte der Beratung- und Koordinierung in den in Abs. 2 bis 3 genannten Pflegestützpunkten.

(2) Die Kostenträger vereinbaren mit der Ökumenischen Sozialstation Neustadt e. V. die gemeinsame Arbeit und personelle Besetzung für den Betrieb des Pflegestützpunktes Neustadt an der Weinstraße I.

(3) Die Kostenträger vereinbaren mit der Ökumenischen Sozialstation Neustadt e. V. die gemeinsame Arbeit und personelle Besetzung für den Betrieb des Pflegestützpunktes Neustadt an der Weinstraße II.

Wenn einer der zuvor benannten Träger der Fachkräfte der Beratung- und Koordinierung seine Trägerschaft aufgibt, scheidet er zum Zeitpunkt der Beendigung der Trägerschaft als Vertragspartner aus und die Bestimmungen dieses Vertrages gelten für die verbleibenden Vertragspartner fort.

§ 9 Personeller Einsatz im Pflegestützpunkt

(1) Für durchschnittlich 30.000 Einwohner landesweit sind seitens der Pflege- und Krankenkassen zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 7c Abs. 2 SGB XI und der Pflegeberatung nach § 7a Abs. 1 Satz 10 SGB XI geeignete und qualifizierte Kräfte in der Regel im Umfang von 0,75 Vollzeitstellen einzusetzen.

(2) Die Pflege- und Krankenkassen können Aufgaben der Pflegeberatung nach § 7a Abs. 1 Satz 8 SGB XI an Dritte übertragen. Übertragungen nach Satz 1 werden auf den einzusetzenden Umfang nach Abs. 1 angerechnet.

(3) Die Träger der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung bringen die Fachkräfte mit jeweils 0,25 einer Vollzeitstelle für Pflegeberatung nach § 7a SGB XI im Pflegestützpunkt ein. Die Pflegekassen übertragen diese Aufgabe mit diesem Vertrag in entsprechendem Umfang an den jeweiligen Träger der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung nach § 8 Abs. 2 bis X dieses Vertrages. Die Finanzierung der übertragenen Aufgabe wird in dem Vertrag über die anteilige Finanzierung der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung zwischen dem Land und den Pflegekassen geregelt. Die nach Landesrecht darüber hinaus gehenden Aufgaben der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung werden mit dem verbleibenden Stellenumfang wahrgenommen.

(4) Im Übrigen gilt § 8 des Landesrahmenvertrages.

(5) Die Kooperation im Pflegestützpunkt berührt nicht den Fortbestand der bestehenden Beschäftigungsverhältnisse der Fachkräfte bei den Trägern der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung.

§ 10 Dienst- und Fachaufsicht

Die Dienst- und Fachaufsicht über die im Pflegestützpunkt tätigen Fachkräfte verbleibt beim jeweiligen Anstellungsträger.

§ 11 Qualifizierung nach § 7a Abs. 3 SGB XI

Die Anstellungsträger der Fachkräfte der Pflegestützpunkte stellen sicher, dass ihre Fachkräfte die jeweils erforderlichen Zusatzqualifikationen für die Erbringung von Pflegeberatung erfüllen.

§ 12 Sicherstellung des laufenden Betriebes

(1) Die Vertragspartner stellen jeweils sicher, dass unabhängig von der Aufteilung nach § 9 die Aufgaben des Pflegestützpunktes einschließlich der Pflegeberatung

Abgestimmte Mustervereinbarung nach § 14 Landesrahmenvertrag dauerhaft ganzjährig geleistet werden. Bei längerfristigem Ausfall verpflichtet sich der jeweilige Anstellungsträger eine geeignete Ersatzkraft zur Verfügung zu stellen.

(2) Weitere Einzelheiten der Organisation des laufenden Betriebes wie z.B. Öffnungszeiten und Außensprechzeiten sind im jeweiligen Pflegestützpunkt zu regeln, ggf. im Rahmen einer Geschäftsordnung. Beschlüsse nach § 14 Satz 2 des Vertrages sind zu beachten.

§ 13 Datenschutz

Die Einhaltung der gesetzlichen Datenschutzvorschriften, insbesondere des § 35 SGB I, der §§ 67 ff. SGB X sowie § 93 SGB XI, ist zu gewährleisten. Alle Fachkräfte in den Pflegestützpunkten sind zur Beachtung der Schweigepflicht verpflichtet. Die gemeinsam beschlossenen Rahmenvorgaben zum Datenschutz gemäß Anlage 4 zum Landesrahmenvertrag sind verbindlich.

§ 14 Erreichbarkeit

Die Pflegestützpunkte stehen allen Rat- und Hilfesuchenden für alle Fragen rund um das Thema Pflege offen. Die Erreichbarkeit ist ggf. auch in Kooperation mit anderen Pflegestützpunkten sicherzustellen, hierüber entscheidet die Kooperationsgemeinschaft nach § 18 Abs. 1 dieses Vertrages.

§ 15 Ausstattung

(1) Die Pflegestützpunkte werden in geeigneten Räumen errichtet. Geeignet sind insbesondere Räume, wenn sie

1. einen barrierefreien Zugang ermöglichen,
2. ein vertrauliches Beratungsgespräch ermöglichen,
3. die notwendige Voraussetzung zur technischen Ausstattung enthalten und
4. ein neutrales Auftreten der Pflegestützpunkte nach Außen gewährleisten.

(2) Der Pflegestützpunkt kann bei einer im Land zugelassenen und tätigen Pflegeeinrichtung errichtet werden, wenn dies nicht zu einer unzulässigen Beeinträchtigung des Wettbewerbs zwischen den Pflegeeinrichtungen führt.

§ 16 Qualitätssicherung und Dokumentation der Arbeit

(1) Die Qualität der Arbeit in den Pflegestützpunkten wird zur näheren Betrachtung in Strukturqualität, Prozessqualität und Ergebnisqualität gegliedert.

(2) Wesentliche Elemente der Strukturqualität sind die unabhängige und eigenständige Aufgabenwahrnehmung. Die Organisation des jeweils für die Dienst- und Fachaufsicht verantwortlichen Anstellungsträgers hat die dafür erforderlichen Strukturen sicherzustellen. Vor Ort steht den Pflegeberatern und Pflegeberaterinnen und den Fachkräften der Beratung und Koordinierung die Infrastruktur des Pflegestützpunktes in neutralen Räumen zur Verfügung. Für die zugehende Beratung stellt der jeweilige Anstellungsträger die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung. Die Kooperationsgemeinschaft nach § 16 Abs. 2 des Rahmenvertrages vereinbart einvernehmlich allgemeine Regelungen zur Krankheits- und Urlaubsvertretung sowie über Sprechzeiten im Pflegestützpunkt. Die Rechte der Anstellungsträger als Arbeitgeber bleiben hiervon unberührt. Den Fachkräften im Pflegestützpunkt wird eine regelmäßige Teilnahme an Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung entsprechend ihrem Aufgabenprofil ermöglicht sowie die Möglichkeit zur Mitarbeit in regionalen Arbeitsgemeinschaften gegeben.

(3) Vorgaben zur Prozessqualität zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 7c Abs. 2 SGB XI und der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI, die entweder vom Gesetzgeber, der Steuerungsgruppe der LAG PSP oder durch Beschluss der Vertragspartner vorgegeben werden, sind von den Pflegeberatern und Pflegeberaterinnen der Pflege- und Krankenkassen und den Fachkräften der Beratung und Koordinierung umzusetzen.

(4) Im Rahmen der Ergebnisqualität sind die Eckpunkte der Arbeit der Fachkräfte in den Pflegestützpunkten gegliedert nach Information, Beratung, Pflegeberatung, Fallmanagement, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit zu dokumentieren. Zur Erfüllung der bundesrechtlichen Vorgaben ist ein geeignetes und landesweit einheitliches Dokumentationssystem vorzuhalten und zu nutzen. Die Träger der Pflegestützpunkte schaffen entsprechende Software an. Die Rückmeldungen, die an dem Hilfeprozess beteiligten Dienste und Einrichtungen, sind in die Prüfung der Ergebnisqualität einzubeziehen.

(5) Jährlich sind die Aktivitäten des Pflegestützpunktes in einem gemeinsamen Jahresbericht zu dokumentieren und der Kooperationsgemeinschaft Pflegestützpunkte zur Verfügung zu stellen. Darin enthalten ist neben einem Rückblick auf das vergangene Jahr auch eine Planung der Aktivitäten für das kommende Jahr.

§ 17 Zusammenarbeit der Pflegestützpunkte

(1) Alle an den Pflegestützpunkten in der Stadt Neustadt an der Weinstraße beteiligten Kostenträger und die Träger der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung im Rahmen des Betriebs der in § 8 benannten Pflegestützpunkte sind zur vertrauensvollen, gleichberechtigten, partnerschaftlichen und zweckmäßigen Zusammenarbeit verpflichtet.

(2) Die Administration der Pflegestützpunkte erfolgt durch die jeweils zuständige Pflegekasse gemäß Anlage 5 des Rahmenvertrages im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags.

§ 18 Kooperationsgemeinschaft

(1) Die Kooperationsgemeinschaft gem. § 16 Abs. 2 des Rahmenvertrages setzt sich wie folgt zusammen:

1. eine Vertretung des Landes,
2. eine Vertretung des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt,
3. eine Vertretung der Pflegekassen,
4. eine Vertretung der Krankenkassen,
5. je eine Vertretung der jeweiligen Träger der Fachkräfte der Beratung und Koordinierung nach § 8 Abs. 2 bis 3 dieses Vertrages und
6. den Vorsitzenden/die Vorsitzende der Regionalen Pflegekonferenz bzw. die Stellvertretung als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht.

Sie entscheidet in fachlichen und organisatorischen Angelegenheiten, insbesondere bei Themen, die

- allgemeine Vereinbarungen nach § 16 Abs. 2 zur Krankheits- und Urlaubsvertretung und über Sprechzeiten,
- die Umsetzung von Standards zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung,
- die abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit für den Pflegestützpunkt

betreffen (fachliche und Organisationsangelegenheiten).

(2) Für die Kooperationsgemeinschaft gemäß § 16 Abs. 3 des Rahmenvertrages als Organ der Regionalen Arbeitsgemeinschaft gelten die im Sinne des Abschnitts 2 dieses Vertrages getroffenen Vereinbarungen. Entsprechende Beratungen können gesondert durchgeführt werden. Hinsichtlich der Beschlussfähigkeit gilt § 16 Abs. 5 S. 2 bis 5 des Rahmenvertrages. Insbesondere ist § 7 Abs. 2 dieses Vertrages mit der

Abgestimmte Mustervereinbarung nach § 14 Landesrahmenvertrag
Maßgabe zu beachten, dass die Kooperationsgemeinschaft als Organ der regionalen Arbeitsgemeinschaft keine Entscheidungen treffen darf, welche eine Zahlungsverpflichtung des Trägers der Fachkraft der Beratung und Koordinierung nach sich zieht.

(3) Die Kooperationsgemeinschaft nach § 16 Abs. 2 des Rahmenvertrages tagt mindestens einmal jährlich und nicht öffentlich. Die Beschlüsse sind für alle Beteiligten verbindlich. Hinsichtlich der Beschlussfähigkeit gilt § 16 Abs. 5 S. 1 des Rahmenvertrages, im Übrigen gilt § 16 Abs. 5 S. 3 bis 5 des Rahmenvertrages. Für ihre Teilnahme an den Sitzungen erhalten die Mitglieder der Kooperationsgemeinschaft keine Entschädigung; ihre Kosten tragen die entsendenden Stellen.

(5) Der Vorsitz der Kooperationsgemeinschaft nach den Abs. 1 und 2 obliegt den gesetzlichen Pflegekassen. Der Vertreter/die Vertreterin der vorsitzenden Pflegekasse lädt schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung zu den Sitzungen ein und leitet die Sitzungen. Sie stellt sicher, dass Beschlüsse der Versammlung verschriftlicht und allen Vertretungen zur Kenntnis gegeben werden.

(6) Zu den Sitzungen können darüber hinaus Vertretungen weiterer Beteiligter (beispielsweise Selbsthilfe, gesellschaftliche, kirchliche Institutionen) beratend und ohne Stimmrecht hinzugezogen werden.

(7) Die Kooperationsgemeinschaft arbeitet eng mit der Regionalen Pflegekonferenz zusammen. Dies beinhaltet die regelmäßige Berichterstattung über die Tätigkeit in den Pflegestützpunkten und der dabei gewonnenen Erkenntnisse. Die Kooperationsgemeinschaft trägt dazu bei, Netzwerke auf kommunaler Ebene zu bilden.

(8) Die Kooperationsgemeinschaft kann sich eine Geschäftsordnung geben.

ABSCHNITT 5: SCHLUSSVORSCHRIFTEN

§ 19 Inkrafttreten, Laufzeit und Kündigung

(1) Diese Vereinbarung tritt am 01.07.2017 in Kraft und läuft unbefristet.

(2) Sie kann von jeder Vereinbarungspartei mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden. Eine Kündigung im allseitigen Einverständnis kann jederzeit erfolgen.

(3) Im Fall einer Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Vertrags bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung weiter fort, längstens aber bis zu zwölf Monaten. Kommt es zur Kündigung der Vereinbarung, besteht für alle Vertragspartner eine Verpflichtung zur Durchführung von Verhandlungen binnen drei Monaten.

§ 20 Schriftformerfordernis

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform (§ 56 SGB X) und Zustimmung aller Vereinbarungsparteien.

§ 21 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung nichtig sein oder durch gesetzliche Neuregelungen ganz oder teilweise unwirksam werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt. Tritt ein solcher Fall ein, verständigen sich die Vereinbarungspartner unverzüglich über notwendige Neuregelungen.

Abgestimmte Mustervereinbarung nach § 14 Landesrahmenvertrag

AOK Rheinland-Pfalz/Saarland - Die Gesundheitskasse, Eisenberg

BKK - Landesverband Mitte, Regionalvertretung Rheinland-Pfalz und Saarland, Mainz

IKK Südwest, Saarbrücken

Knappschaft Bochum, vertreten durch die Regionaldirektion Saarbrücken

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), Landesvertretung Rheinland-Pfalz, Mainz

Stadt Neustadt an der Weinstraße, Neustadt an der Weinstraße

Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Landesamt für Soziales,
Jugend und Versorgung, Mainz

Ökumenische Sozialstation Neustadt e. V., Neustadt an der Weinstraße
(für den Pflegestützpunkt Neustadt an der Weinstraße I)

Ökumenische Sozialstation Neustadt e. V., Neustadt an der Weinstraße
(für den Pflegestützpunkt Neustadt an der Weinstraße II)